

RAFFAEL WALDNER / VBS / DDPS



# Das Katastrophenamt

Anfang November übte der Bund das Vorgehen bei einem hybriden Angriff auf die Schweiz. Dabei fiel das zentrale Kommunikationssystem aus. Es ist nicht die erste Panne im Amt für Bevölkerungsschutz. Die Direktorin Michaela Schärer steht unter Druck. Von Stefanie Pauli, Georg Humbel

Nicht gut gerüstet für einen atomaren Zwischenfall: Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz ist seit Jahren in der Kritik. Die Kantone haben schriftlich bei Bundesrat Pfister interveniert.

Das Unvorstellbare passiert: Die Schweiz wird angegriffen. Zunächst richtet sich die Attacke nur gegen «Arboria», ein fiktives Land, das der Bund für seine grosse Übung erfunden hat. Doch der Konflikt greift innert weniger Stunden auch auf die Schweiz über. Es häufen sich Störungen im Bahnverkehr, Spitäler melden Hackerangriffe, über kritischer Infrastruktur tauchen Drohnen auf. Anfang November probten Behörden, Armee, Zivilschutz, Flughäfen, Energieversorger und Blaulichtorganisationen zwei Tage lang den Krisenfall. Über tausend Personen standen im Einsatz – viele die ganze Nacht. Selbst Bundesräte mussten bereitstehen. Doch kaum hatte die Übung begonnen, kam ein altes Problem ans Licht.

Recherchen der «NZZ am Sonntag» zeigen: Das zentrale IT-System, das alle Meldungen bündelt und den kantonalen Krisenstäben ein schweizweites Lagebild liefert, funktionierte nicht. Die Kantone hatten mehrmals keinen oder nur einen verzögerten Zugriff. Für sie war deshalb nur bruchstückhaft nachvollziehbar, was vor sich ging. «Wenn Sie kein Lagebild haben, können Sie nicht führen. Das ist dramatisch», sagt ein langjähriges Kadermitglied aus dem Bevölkerungsschutz.

## Der dringend notwendige digitale Umbau stockt

Das zuständige Bundesamt für Bevölkerungsschutz (Babs) bestätigt gröbere Probleme: «Am 6. November 2025 (...) war der Zugang zur elektronischen Lagedarstellung verlangsamt und zeitweise nicht möglich.» Das System war offensichtlich überlastet, als die Kantone gleichzeitig darauf zugreifen wollten. «Dieser Anstieg konnte mit den aktuellen Konfigurationen nicht verarbeitet werden», schreibt das Amt auf Anfrage. «Gleichzeitig gab es Probleme auf den Bundesnetzen.» Es betont, dass das System nach Anpassungen wenig später

wieder zur Verfügung gestanden sei. Am zweiten Tag der Übung habe es störungsfrei funktioniert.

Die elektronische Lagedarstellung macht nicht zum ersten Mal Ärger. Schon bei der letzten Grossübung 2024 versagte sie. «Die Antwortzeiten der Applikation waren zu lang», so erklärt das Amt die damaligen Störungen. Diesen Fehler habe man aber mittlerweile beheben können.

Die Probleme mit dem IT-System werfen grössere Fragen auf. Wie ist die Schweiz auf Katastrophen und kriegsähnliche Ereignisse vorbereitet? Und vor allem: Wie gut ist das für den Schutz der Bevölkerung zuständige Babs aufgestellt? Die Antworten sind wenig beruhigend. Vor allem das Amt wird von allen Seiten kritisiert.

«Es geht bei vielen Projekten nicht vorwärts», sagt Alexander Krethlow, Generalsekretär der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr, in der sämtliche zuständigen kantonalen Regierungsräte zusammengeschlossen sind. Dabei sei es dringend nötig, dass sich das Amt auf moderne Kriegsszenarien vorbereite und technisch fit gemacht werde: «Je gefährlicher die sicherheitspolitische Lage wird, desto dringlicher ist die erfolgreiche digitale Transformation im Bevölkerungsschutz», sagt Krethlow.

Doch ausgerechnet dabei harzt es gewaltig. Das zeigt der interne Revisionsbericht «Digitalisierung im Bevölkerungsschutz» von diesem Sommer. Darin warnen die Kontrolleure des Verteidigungsdepartements davor, dass bei einem Cyberangriff oder einem längeren Stromausfall «wesentliche Teile des Alarmierungssystems» des Amtes ausfallen könnten. Der dringend notwendige digitale Umbau des Bevölkerungsschutzes stocke, so die Prüfer weiter. Es gebe keine messbaren Ziele, Meilensteine, klar definierte Verantwortlichkeiten, Prioritäten sowie Mechanismen zur Erfolgskontrolle. So bestehe das Risiko «einer unkoordinierten Umsetzung» der IT-Projekte.

Die Kritik geht direkt an die Adresse der Babs-Chefin. Es fehle eine «klare, verbindliche strategi-

sche Führung». Geleitet wird das Babs von Michaela Schärer. Eingesetzt von Bundesrätin Viola Amherd, steht sie seit längerem in der Kritik. Schärer hat das Amt reorganisiert und dabei viele brüskiert, wie 2023 eine Personalumfrage zeigte. Gemäss Recherchen hat sich die Stimmung seither kaum verbessert.

«Kritik einstecken zu müssen, gehört zu meiner Funktion», schreibt Michaela Schärer dieser Zeitung. Das Amt habe unter ihr einen grossen Wandel durchgemacht, um sich auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. «Wir haben gemeinsam in den letzten Jahren sehr viel erreicht.» Sie sei sehr stolz, ein motiviertes Team zu führen, das sich jeden Tag für den Schutz der Bevölkerung engagiere. Wie die meisten Verwaltungseinheiten sei auch ihr Amt von den Sparmassnahmen des Bundesrates betroffen. «Das Babs muss daher wichtige und anspruchsvolle Aufgaben mit begrenzten Mitteln erfüllen.»

## Kinder und Schwangere gingen vergessen

Welch dramatische Auswirkungen Schwachstellen beim Babs haben können, zeigte sich bei der letztjährigen Übung am Kernkraftwerk Gösgen. Bund und Kantone haben einen grossen Störfall mit Austritt von Radioaktivität trainiert. Die «NZZ am Sonntag» hat dank dem Öffentlichkeitsgesetz Einblick in den Schlussbericht erhalten.

Michaela Schärer,  
Direktorin des  
Bundesamtes für  
Bevölkerungsschutz.



P. SCHNEIDER / KEYSTONE

Darin steht, die nationale Alarmzentrale des Babs habe widersprüchliche Signale ausgesandt: Die Bevölkerung erhielt andere Informationen als die Kantone. Höchst peinlich und im Krisenfall lebensbedrohlich: Kinder, Schwangere und gesundheitlich angeschlagene Menschen gingen im Katastrophenszenario vergessen. Im Bericht heisst es dazu: Der Umgang mit vulnerablen Personen und der damit verbundene Aufwand während eines AKW-Störfalls seien nicht geklärt.

Der Schutz der Bevölkerung bei atomarer, biologischer und chemischer Bedrohung gehört zu den umstrittensten Bereichen des Amtes. Wie Recherchen zeigen, sorgen sich die Kantone, dass das Babs in diesem Bereich unterbesetzt ist. Die Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr hat deshalb Bundesrat Martin Pfister geschrieben. Sie fordert «adäquate Strukturen und Ressourcen», damit die Schweiz den «wachsenden Bedrohungen» begegnen könne.

Für Unzufriedenheit sorgt auch, dass der Bundesrat die Eidgenössische Kommission für ABC-Schutz auflösen will. «In der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Lage ist es der falsche Weg, ausgerechnet diese Kommission abschaffen zu wollen», so wehrt sich die Präsidentin Anne Eckhardt gegen den Abbau ihres Gremiums. Der Bereich sei sowieso schon schwach aufgestellt, weil in den letzten Jahren Stellen abgebaut worden seien.

Die Herausforderungen für das Babs sind enorm. Auch weil zurzeit vor allem die Armee und mehr Mittel für sie das grosse Thema im Departement sind und die politische Agenda dominieren. Erschwerend kommt hinzu, dass die Direktorin Schärer im Parlament keinen grossen Rückhalt mehr genießt. In Bundesbern wird bereits darüber spekuliert, wie lange Verteidigungsminister Martin Pfister noch an ihr festhält.

Zurzeit stärkt ihr der Bundesrat aber demonstrativ den Rücken. Eine VBS-Sprecherin betont gegenüber dieser Zeitung: «Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz befindet sich nicht in einer Krise.»